Geschäftsverzeichnismrn. 1888 und 1977
Urteil Nr. 70/2001 vom 30. Mai 2001

URTEIL

In Sachen: Klagen auf teilweise Nichtigerklärung von
- Artikel 20 des Dekrets der Flämischen Region vom 11. Mai 1999 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel und zur Abänderung des Dekrets vom 28. Juni 1985 über die Umweltgenehmigung,
- Artikel 9 des Dekrets der Flämischen Region vom 3. März 2000 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel,
erhoben von der VoG De Vlaamse Landeigendom und anderen.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden H. Boel und M. Melchior, den Richtern L. François, P. Martens, A. Arts und E. De Groot, und dem emeritierten Richter E. Cerexhe gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden H. Boel,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der Klagen*

a. Mit einer Klageschrift, die dem Hof mit am 17. Februar 2000 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 18. Februar 2000 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf teilweise Nichtigerklärung von Artikel 20 des Dekrets der Flämischen Region vom 11. Mai 1999 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel und zur Abänderung des Dekrets vom 28. Juni 1985 über die Umweltgenehmigung (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 20. August 1999: die VoG De Vlaamse Landeigendom, mit Vereinigungssitz in 1180 Brüssel, Van Beverlaan 24/2, die VoG Organisation de la ruralité et du milieu européen, mit Vereinigungssitz in 1300 Wavre, avenue Pasteur 23, T. de l'Escaille, wohnhaft in 3930 Hamont, Lozenweg 100, N. Powis de Tenbossche, wohnhaft in 3930 Hamont, Lozenweg 104, M. de Broqueville, wohnhaft in 2400 Mol, Arendonkseweg 40, F. de Broqueville, wohnhaft in 1150 Brüssel, Vrijwilligerslaan 243, und B. de Bidlot Thorn, wohnhaft in 3530 Houthalen, Luciebos 4.

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 1888 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

b. Mit einer Klageschrift, die dem Hof mit am 30. Mai 2000 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 31. Mai 2000 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben dieselben klagenden Parteien Klage auf teilweise Nichtigerklärung von Artikel 9 des Dekrets der Flämischen Region vom 3. März 2000 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 30. März 2000).

Diese Rechtssache wurde unter der Nummer 1977 ins Geschäftsverzeichnis des Hofes eingetragen.

II. Verfahren

a. *Rechtssache Nr. 1888*

Durch Anordnung vom 18. Februar 2000 hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof die Richter der Besetzung bestimmt.

Die referierenden Richter haben Artikel 71 bzw. 72 des organisierenden Gesetzes im vorliegenden Fall nicht für anwendbar erachtet.

Die Klage wurde gemäß Artikel 76 des organisierenden Gesetzes mit am 12. Mai 2000 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Die durch Artikel 74 des organisierenden Gesetzes vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgte im *Belgischen Staatsblatt* vom 18. Mai 2000.

b. *Rechtssache Nr. 1977*

Durch Anordnung vom 31. Mai 2000 hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof die Richter der Besetzung bestimmt.

Die referierenden Richter haben Artikel 71 bzw. 72 des organisierenden Gesetzes im vorliegenden Fall nicht für anwendbar erachtet.

Die Klage wurde gemäß Artikel 76 des organisierenden Gesetzes mit am 31. Juli 2000 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Die durch Artikel 74 des organisierenden Gesetzes vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgte im *Belgischen Staatsblatt* vom 5. August 2000.

Die Flämische Regierung, Martelaarsplein 19, 1000 Brüssel, hat mit am 11. September 2000 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief einen Schriftsatz eingereicht.

Dieser Schriftsatz wurde gemäß Artikel 89 des organisierenden Gesetzes mit am 27. September 2000 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief notifiziert.

Die klagenden Parteien haben mit am 24. Oktober 2000 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht.

c. *Verbundene Rechtssachen Nrn. 1888 und 1977*

Durch Anordnung vom 5. Juli 2000 hat der Hof die Rechtssachen verbunden.

Durch Anordnungen vom 29. Juni 2000 und vom 30. Januar 2001 hat der Hof die für die Urteilsfällung vorgesehene Frist bis zum 17. Februar 2001 bzw. 17. August 2001 verlängert.

Durch Anordnung vom 7. März 2001 hat der Hof die Rechtssache für verhandlungsreif erklärt und den Sitzungstermin auf den 28. März 2001 anberaumt.

Diese Anordnung wurde den Parteien und deren Rechtsanwälten mit am 8. März 2001 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 28. März 2001

- erschienen
- . RÄin D. Ryckbost, in Brügge zugelassen, für die klagenden Parteien,
- . R.A.P. Van Orshoven, in Brüssel zugelassen, für die Flämische Regierung,
- haben die referierenden Richter E. De Groot und L. François Bericht erstattet,
- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,
- wurden die Rechtssachen zur Beratung gestellt.

Das Verfahren wurde gemäß den Artikeln 62 ff. des organisierenden Gesetzes, die sich auf den Sprachengebrauch vor dem Hof beziehen, geführt.

III. *Gegenstand der angefochtenen Bestimmungen*

1. Mit dem Dekret der Flämischen Region vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel (nachstehend «Düngemitteldekret») bezweckte der Dekretgeber, die Verunreinigung des Grundwassers und der Oberflächengewässer sowie die Luftverschmutzung durch Überschüsse von vorwiegend tierischen Düngemitteln aus dem explosionsartig gewachsenen Sektor der Viehhaltung in der Flämischen Region zu beheben.

In der Anfangsphase wurden Normen zur Bestimmung der Düngemittelüberschüsse und allgemeine Grenzen für den Einsatz von Düngemitteln festgelegt, so daß auf Ebene der gesamten Flämischen Region keine überschüssigen tierischen Düngemittel mehr vorhanden waren. Man ging davon aus, daß schließlich strengere Grenzwerte für den Einsatz von Düngemitteln festgelegt würden und nötigenfalls die Produktion von tierischen Düngemitteln begrenzt werden könne.

2. Das Dekret der Flämischen Region vom 20. Dezember 1995 bezweckte die Anpassung des ursprünglichen Düngemitteldekrets an die neuen Erkenntnisse einerseits und an die Zielsetzungen der Umweltpolitik andererseits. Das Dekret vom 20. Dezember 1995 hielt die Grundstruktur des ursprünglichen Dekrets aufrecht, änderte es aber inhaltlich gründlich ab.

3. Die zweite gründliche Reform des Düngemitteldekrets erfolgte durch das Dekret vom 11. Mai 1999.

Die durch dieses Dekret eingeführten gezielten Verschärfungen bestehen in strengeren pauschalen Düngungsnormen für sogenannte «gefährdete Wassereinzugsgebiete», «gefährdete, ökologisch wertvolle Agrargebiete», «gefährdete Naturgebiete» und «phosphatgesättigte Gebiete». Um deren Auswirkungen teilweise aufzufangen, wurde für diese gefährdeten Gebiete auch ein System der freiwilligen Bewirtschaftungsverträge und Entschädigungen vorgesehen.

Durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 wurden im Düngemitteldekret die Artikel 15*bis* bis 15*octies* eingefügt, von denen folgende Bestimmungen in der Rechtssache Nr. 1888 angefochten werden:

Artikel 15*ter* § 1:

«§ 1. Im Hinblick auf die Erhaltung und die Stärkung der Naturwerte ist auf Anbauflächen, die in Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten liegen gemäß den Plänen, die in Anwendung des am 22. Oktober 1996 koordinierten Dekrets über die Raumordnung festgelegt wurden, ab dem 1. Januar 1998 jede Form der Düngung verboten, mit Ausnahme der Düngung durch direkte Ausscheidung beim Beweiden, wobei zwei Großvieheinheiten (GVE) je Hektar auf Jahresbasis zugelassen sind mit einem Maximum von 2 GVE zu jedem Zeitpunkt, außer in der Zeitspanne vom 1. Juli bis zum 15. September. Auf

Parzellen von weniger als 1 ha werden jedoch maximal 2 GVE zu jedem Zeitpunkt zugelassen, ungeachtet der Fläche der Parzelle. »

Artikel 15ter § 2:

« § 2. Für Betriebe, die 1997 (Erklärung 1998) den Status als Familienviehzüchterei:

1° erworben hatten, wird eine Befreiung von dem in § 1 vorgesehenen Verbot gewährt für die innerhalb dieses Gebietes gelegenen Parzellen, die gemäß der Erklärung auf kartographischen Unterlagen im Jahr 1994 Bestandteil der zum Betrieb gehörenden Anbauflächen waren, insofern:

- es sich um Ackerland und intensiv genutztes Grünland handelt;
- die Parzellen am 31. Dezember 1998 in der gleichen Sparte angegeben wurden;

Im Falle einer solchen Befreiung gelten die Düngungsnormen gemäß § 8;

2° nicht erworben hatten, wird bis zum 1. Januar 2000 eine Befreiung von dem in § 1 vorgesehenen Verbot für die innerhalb dieser Gebiete gelegenen Parzellen erteilt, die gemäß der Erklärung auf kartographischen Unterlagen im Jahr 1994 Bestandteil der zum Betrieb gehörenden Anbauflächen waren, insofern:

- es sich um Ackerland und intensiv genutztes Grünland handelt;
- die Parzellen am 31. Dezember 1998 in der gleichen Sparte angegeben wurden;

Im Falle einer solchen Befreiung gelten die Düngungsnormen gemäß § 8.

Zur Anwendung von Absatz 1 sind unter intensiv genutztem Grünland die Wiesen und Weiden zu verstehen, die nicht unter die in Artikel 2 Absatz 2 49°, 50°, 51°, 52° und 53° festgelegten Definitionen von halbnatürlichem Grünland, potentiell bedeutendem Grünland, Grünland Hp*, Hpr*, Hpr+Da, Hr, und von Grünland Hpr*+Da, Grünland Hpr* mit Elementen von Mr, Mc, Hu und Hc fallen.

Eine Befreiung von dem in § 1 vorgesehenen Verbot wird ebenfalls für Ackerland und intensiv genutztes Grünland innerhalb dieser Gebiete erteilt, die der Betrieb vor dem 1. Januar 1996 erworben hatte.

Diese Befreiung wird bis zum 1. Januar 2000 erteilt für Betriebe, die 1997 (Erklärung 1998) den Status als Familienviehzüchterei nicht erworben hatten. Für Betriebe, die 1997 (Erklärung 1998) den Status als Familienviehzüchterei erworben hatten, findet Absatz 4 sinnngemäße Anwendung.

Bei der Übertragung einer Parzelle auf den Ehepartner des Benutzers, seine Nachkommen oder Adoptivkinder, die Nachkommen oder Adoptivkinder seines Ehepartners oder die Ehepartner der obenerwähnten Nachkommen oder Adoptivkinder wird die Befreiung ein einziges Mal mit übertragen unter der Bedingung, daß dies der 'Mestbank' gemeldet wird. Die Meldung der Übertragung muß innerhalb von sechs Monaten nach dem Übertragungsdatum erfolgen. Übertragungen, die zwischen dem 1. Januar 1996 und dem 1. Januar 1999 erfolgt sind, müssen vor dem 1. Juni 1999 gemeldet werden. Im Falle einer nicht fristgerecht gemeldeten Übertragung wird die Befreiung hinfällig. Eine Übertragung auf den Ehepartner des Benutzers innerhalb desselben Betriebs schließt eine weitere Übertragung auf die obenerwähnten Nachkommen oder Adoptivkinder beziehungsweise ihre Ehepartner nicht aus. Bei Übertragungen auf andere Personen als die obenerwähnten entfällt die Befreiung von Amts wegen. Im Falle der Übertragung von einer natürlichen Person auf eine juristische Person innerhalb der vorstehend festgelegten Familienverbindungen entfällt die Befreiung von Amts wegen *de jure* zum 1. Januar 2010. Die Flämische Regierung kann festlegen, in welcher Weise die Übertragung zu melden ist. »

Artikel 15ter § 7:

« § 7. Im Hinblick auf die Erhaltung und die Stärkung des Naturwertes ist auf halbnatürlichem Grünland, auf potentiell bedeutendem Grünland, auf Grünland Hp*, Hpr*, Hpr+Da, Hr sowie auf Grünland Hpr*+Da, auf Grünland Hpr* mit Elementen von Mr, Mc, Hu und Hc, das in Waldgebieten liegt gemäß den Plänen, die in Anwendung des am 22. Oktober 1996 koordinierten Dekrets über die Raumordnung festgelegt wurden, ab dem 1. Januar 1998 jede Form der Düngung verboten, mit Ausnahme der Düngung durch direkte Ausscheidung beim Beweiden, wobei zwei Großvieheinheiten (GVE) je Hektar auf Jahresbasis zugelassen sind mit einem Maximum von 2 GVE zu jedem Zeitpunkt, außer in der Zeitspanne vom 1. Juli bis zum 15. September. Auf

Parzellen von weniger als 1 ha werden jedoch maximal 2 GVE zu jedem Zeitpunkt zugelassen, ungeachtet der Fläche der Parzelle. »

Artikel 15*septies* in Verbindung mit Artikel 15*octies*:

(Art. 15*septies*)

«Die Flämische Regierung legt die Entschädigungen für Einkommensverluste, auf die sich Artikel 15*sexies* §§ 2 und 3 bezieht, fest. Hierbei geht sie von den Zielsetzungen und Grundsätzen aus, die in Kapitel II von Titel I des Dekrets vom 5. April 1995 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen über Umweltpolitik und den Verordnungsbestimmungen über Raumordnung festgehalten sind. Die Entschädigung wird auf der Grundlage folgender Elemente festgelegt, die entsprechend der Betriebsart und dem Agrargebiet angepaßt werden:

1° die Ertragsveränderungen der Kulturen infolge der strengeren Düngungsgrenzwerte im Verhältnis zu der Düngung, die unter den allgemeinen pauschalen Düngungsnormen gemäß Artikel 14 angewandt worden wäre, mit Ausnahme der Erhöhung der Düngungsnorm von 450 auf 500 kg N/ha für den 'Gesamtstickstoff' auf Grünland;

2° die höheren Kosten für den Absatz von Düngemitteln infolge der zusätzlichen Überschüsse durch strengere Grenzwerte für die Verwendung von Dünger tierischer Herkunft;

3° die erhöhten Lagerungskosten, wenn der Dünger tierischer Herkunft länger als sechs Monate gelagert werden muß;

4° der erhöhte Einsatz von Kunstdünger wegen der Einschränkung der Verwendung von Dünger tierischer Herkunft;

5° die Verringerung des Nutzwertes der Böden;

6° die höheren Kosten für den Futtereinkauf;

7° der Wertverlust des Eigentums auf der Grundlage des Schätzwertes.

Die Flämische Regierung kann im einzelnen Regeln festlegen bezüglich der Kumulierung der in 1° bis 7° erwähnten Entschädigungen. Der Anspruch auf die verschiedenen Arten von Entschädigungen kann nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt werden.

Die Entschädigung für Einkommensverluste infolge von Ertragsveränderungen gemäß Absatz 1 1° beruht auf einer objektiven Berechnungsmethode, die den Veränderungen in der aktuellen Agrarproduktion, im Arbeitsaufwand und in den veränderlichen Kosten Rechnung trägt.

Um Anspruch auf diese Entschädigungen zu haben, werden folgende Bedingungen gemäß den von der Flämischen Regierung im einzelnen festgelegten Regeln berücksichtigt:

1° die Parzellen 1996 bei der 'Mestbank' auf kartographischen Unterlagen gemäß Artikel 3 § 1 5° gemeldet haben, ohne daß die betreffende Fläche größer sein darf als diejenige, die in der Erklärung für 1996 angegeben wurde;

2° dieses Dekret eingehalten haben. »

(Art. 15*octies*)

« § 1. Die Entschädigung für den Wertverlust des Vermögens wird auf Antrag der 'Mestbank' durch die Beamten der Mehrwertsteuer-, Registrierungs- und Domänenverwaltung festgelegt, die durch das Gesetz vom 18. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Mehrwertsteuer-, Registrierungs- und Domänenverwaltung zur Durchführung bestimmter vermögensrechtlicher Geschäfte für Rechnung der Einrichtungen von Gemeinschaften und Regionen für zuständig erklärt wurden. Die Entschädigung für den Wertverlust des Vermögens

entspricht der Differenz zwischen einerseits dem Wert des Gutes zum Zeitpunkt der Übertragung, jedoch unter Berücksichtigung der Wertminderung infolge der Artikel 15, 15*bis* § 3 und 15*ter* oder der aufgrund dieser Bestimmungen ergriffenen Maßnahmen, und andererseits dem bei der Übertragung vereinbarten oder angegebenen Wert, wobei jedoch der Betrag, der als Grundlage für die Registrierungsgebühren und Erbschaftsteuern auf diese Übertragung diene, als Minimum gilt. Die Entschädigung ist einforderbar, sobald die Übertragung mit einem endgültigen Datum versehen ist.

Der Betrag, den der Eigentümer von der Flämischen Region in Anwendung dieses Artikels erhält, wird gegebenenfalls um den Betrag verringert, den der Eigentümer nach dem 1. Januar 1996 infolge des raumplanbezogenen Schadens für dieselbe Liegenschaft erhalten hat. Wenn ein Eigentümer einer Liegenschaft die obenerwähnte Möglichkeit der Entschädigung für den Wertverlust des Vermögens in Anspruch nimmt, kann er für dieselbe Liegenschaft nicht mehr eine Entschädigung für raumplanbezogene Schäden, eine Entschädigung oder eine Kaufverpflichtung seitens der Flämischen Regierung beanspruchen.

§ 2. Die Entschädigung für den Wertverlust des Vermögens ist eine einmalige Transaktion. Hierzu führt die 'Mestbank' ein Register der Übertragung von Anbauflächen im Rahmen des Wertverlustes von Vermögen.

Wenn der Erzeuger oder Benutzer Eigentümer der zu übertragenden Liegenschaft ist, kann der neue Eigentümer die in Artikel 15*septies* vorgesehenen Entschädigungen nicht mehr beanspruchen.

Wenn der Erzeuger oder Benutzer die zu übertragende Liegenschaft pachtet, wird die Entschädigung für den Wertverlust des Eigentums dem Eigentümer ausgezahlt. Der Erzeuger oder Benutzer kann die in Artikel 15*septies* vorgesehenen Entschädigungen weiterhin beanspruchen.

Bei der Übertragung von Pachtrechten oder von verpachteten Gütern auf den Ehepartner des Benutzers, seine Nachkommen oder Adoptivkinder, auf die Nachkommen oder Adoptivkinder seines Ehepartners oder auf die Ehepartner der obenerwähnten Nachkommen oder Adoptivkinder wird der Anspruch auf die in Artikel 15*septies* vorgesehenen Entschädigungen ein einziges Mal mit übertragen. Eine Übertragung auf den Ehepartner des Benutzers schließt einen weiteren Anspruch auf Entschädigung gemäß Artikel 15*septies* nach der Übertragung auf die obenerwähnten Nachkommen oder Adoptivkinder beziehungsweise ihre Ehepartner nicht aus.

Im Falle der Übertragung von verpachteten Gütern oder des Nutzungsrechtes auf Dritte verfällt der Anspruch auf eine Entschädigung gemäß Artikel 15*septies*.

Übertragungen im Rahmen von Flurbereinigungen aufgrund des Gesetzes oder anderer Infrastrukturarbeiten, die durch die öffentliche Hand ausgeführt werden, wobei für die eingebrachten Flächen und die neu erworbenen Flächen die gleichen Einschränkungen gelten in Anwendung der Artikel 15, 15*bis*, 15*ter* und 15*quater*, werden nicht als Übertragungen im Sinne dieses Artikels angesehen.

Solche Übertragungen sind folglich kein Anlaß zur Auszahlung einer Entschädigung für den Wertverlust von Vermögen oder zur Beendigung der Auszahlung von Entschädigungen gemäß Artikel 15*septies*. Sie verhindern ebenfalls nicht die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels im Falle einer anderen Übertragung.

Bei der Übertragung einer Liegenschaft an die Flämische Region anläßlich eines Verfahrens des Pflichtankaufs gemäß den Artikeln 15*quinquies* § 3 und 15*sexies* § 4 wird keine Entschädigung für den Wertverlust des Vermögens gewährt.

§ 3. Der Antrag auf Erhalt einer Entschädigung für den Wertverlust von Vermögen ist per Einschreibebrief an die 'Mestbank' zu richten. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Versand des Antrags teilt die 'Mestbank' dem Antragsteller per Einschreibebrief mit, ob der Antrag für eine Entschädigung wegen des Wertverlustes von Vermögen in Frage kommt.

Innerhalb einer Frist von vier Monaten nach der endgültigen Festlegung des Betrags, der als Grundlage für die Registrierungsgebühren und Erbschaftsteuern auf die Übertragung gedient hat, teilt das Erwerbskomitee dem Antragsteller per Einschreibebrief die einseitig festgelegte Entschädigung mit. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten wird die somit festgelegte Entschädigung dem Antragsteller durch die 'Mestbank' ausgezahlt.

§ 4. Gemäß den Artikeln 15*quinquies* § 3 und 15*sexies* § 4 können Eigentümer von bebauten Parzellen oder Anbauflächen, die in den in Artikel 15 § 6, 15*bis* § 1 und 15*ter* vorgesehenen Gebieten liegen, beantragen, das Pflichtankaufsverfahren einzuleiten, bei dem die Entschädigung gemäß den Regeln der Gesetzgebung über Enteignungen festgelegt wird. Die Entschädigung, zu der der Pflichtankauf erfolgt, wird gemäß den Entschädigungsregeln, die für Enteignungen zum Nutzen der Allgemeinheit gelten, festgelegt, dies unter Berücksichtigung des Wertes der Liegenschaft zu den festzulegenden Referenzdaten, jedoch ohne die Wertminderung zu berücksichtigen, die sich aus den Artikeln 15 § 6, 15*bis* § 1 und 15*ter* oder den auf der Grundlage dieser Bestimmungen ergriffenen Maßnahmen ergibt.

Die Flämische Regierung kann der 'Vlaamse Landmaatschappij' die Ermächtigung erteilen, in ihrem Namen, für ihre Rechnung und unter den von ihr festgelegten Bedingungen den in Absatz 1 vorgesehenen Pflichtankauf zu tätigen.

Die in Anwendung dieses Paragraphen erworbenen Liegenschaften, die in den in Artikel 15*bis* und Artikel 15*ter* vorgesehenen Gebieten liegen, werden grundsätzlich als flämisches Naturschutzgebiet, Waldschutzgebiet oder Staatswald ausgewiesen oder nach der Übertragung des Nutzungsrechte auf eine anerkannte Naturvereinigung, die Gebiete verwaltet, als Naturschutzgebiet anerkannt.

§ 5. Der Antrag auf Pflichtankauf ist per Einschreibebrief an die 'Mestbank' zu richten. Innerhalb einer Frist von zwei Monaten teilt die 'Mestbank' dem Antragsteller per Einschreibebrief mit, ob sein Antrag für das Verfahren des Pflichtankaufs in Frage kommt.

§ 6. In Ermangelung der in §5 vorgesehenen Mitteilung oder wenn die 'Mestbank' mitteilt, daß der Antrag nicht für das Verfahren des Pflichtankaufs in Frage kommt, oder wenn innerhalb einer Frist von zwölf Monaten ab dem Antragsdatum keine einvernehmliche Einigung erreicht werden konnte, kann der Antragsteller die Klage auf Pflichtankauf beim Friedensrichter des Ortes, an dem sich die Liegenschaft befindet, anhängig machen. Das Urteil, mit dem festgestellt wird, daß die Bedingungen für den Pflichtankauf erfüllt sind, bewirkt die Eigentumsübertragung. Das Datum dieses Urteils ist das Referenzdatum zur Festlegung des Schätzwertes der Liegenschaft.

Die vom Richter endgültig festgelegte Entschädigung wird aufgrund des Urteils und ohne daß es vorher zugestellt werden muß, von der 'Mestbank' an die Hinterlegungs- und Konsignationskasse überwiesen. Diese Überweisung hat schuldbefreiende Wirkung.

Nach Einsichtnahme des Gerichtsurteils und der nach dem Datum der Eintragung des Urteils ausgestellten Bescheinigung, daß die Liegenschaft frei von Hypotheken ist, muß der Beamte der Hinterlegungs- und Konsignationskasse dem Anspruchsberechtigten den eingezahlten Betrag überweisen, wenn dieser nicht Gegenstand einer Pfändung oder eines Regresses ist.

Wenn diese Bescheinigung nicht vorgelegt wird oder wenn nicht nachgewiesen wird, daß die Pfändung oder der Regreß aufgehoben wurde, oder wenn in dem Urteil, mit dem der Schätzwert festgesetzt wurde, die jeweiligen Rechte des Eigentümers und/oder Nutznießers nicht geregelt wurden, kann die Auszahlung erst aufgrund einer gerichtlichen Verfügung erfolgen.

Das Urteil befreit die verpflichtend gekaufte Liegenschaft von allen Klagen auf Auflösung oder Einforderung sowie von allen anderen dinglichen Forderungen; das Recht des Klägers wird auf die vom Richter als Schätzwert festgesetzte Summe übertragen.

Ein Gläubiger, dessen Forderung durch eine Hypothek auf eine Liegenschaft, deren Pflichtankauf gefordert wird, gewährleistet ist, kann die Rückzahlung des Saldos seiner Forderung nicht ausschließlich wegen der Aufteilung seiner Hypothek oder der Verteilung seines Kapitals fordern. »

Artikel 15*sexies* § 3:

« § 3. Für die Anbauflächen, die in den in Artikel 15*bis* und Artikel 15*ter* vorgesehenen Gebieten liegen, werden die Einkommensverluste, die infolge der auf weitergehende Schritte zur Verbesserung der Umwelt ausgerichteten Bestimmungen der Artikel 15*bis* und 15*ter* entstehen, vollständig ersetzt gemäß den

Bestimmungen von Artikel 15^{septies}, gegebenenfalls nach Verrechnung der Entschädigungen, die in Anwendung des Dekrets vom 21. Oktober 1997 über die Naturerhaltung und die natürlichen Lebensräume gewährt werden. »

4. Noch bevor das Dekret vom 11. Mai 1999 in Kraft trat, wurde die Initiative ergriffen, um die damit durchgeführten Abänderungen in mehreren Punkten anzupassen; dies führte zum Dekret vom 3. März 2000 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel.

Einige dieser Anwendungen beziehen sich auf Artikel 15^{ter} des Düngemitteldekrets, das heißt auf die gebietsbezogenen Verschärfungen für die « gefährdeten Naturgebiete ».

Der teilweise angefochtene Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 lautet:

« Artikel 15^{ter} desselben Dekrets, der durch das Dekret vom 11. Mai 1999 eingefügt wurde, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 werden die Wörter ' ab dem 1. Januar 1998 jede Form der Düngung verboten ' ersetzt durch die Wörter ' ab dem 1. Januar 2000 jede Form der Düngung verboten ';

2. § 1 wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

' In Erwartung der Naturleitpläne gemäß Artikel 15^{ter} § 5 kann in Abweichung von Absatz 1 auf den potentiell bedeutenden Grünflächen eine zusätzliche Düngung von höchstens 100 kg Stickstoff aus chemischen Düngemitteln je Hektar und pro Jahr erlaubt werden unter der Bedingung, daß diesbezüglich ein Bewirtschaftungsvertrag zwischen dem betreffenden Landwirt und der Abteilung Natur von AMINAL und der "Mestbank " geschlossen wird. In diesem Bewirtschaftungsvertrag können weitere Einschränkungen festgelegt werden bezüglich des Anwendungszeitraums der chemischen Düngemittel. ';

3. in § 2 Absatz 2 wird 2° durch folgende Bestimmung ersetzt:

' 2° nicht erworben hatten und eine Düngemittelproduktion von weniger als 300 kg P₂ O₅ im Produktionsjahr 1997 erzielt hatten, werden von dem in § 1 vorgesehenen Verbot bis zum 1. Januar 2002 befreit für die Parzellen, die innerhalb dieser Gebiete gemäß der Erklärung aufgrund der kartographischen Unterlagen im Jahr 1994 Bestandteil der zum Betrieb gehörenden Anbauflächen waren, insofern:

es sich um Ackerflächen handelt;

für diese Parzellen am 31. Dezember 1998 diese Befreiung galt.

Im Falle dieser Befreiung gelten die in § 8 vorgesehenen Düngungsnormen. ';

4. in § 2 Absatz 3 werden die Wörter 'und intensiv genutztes Grünland ' gestrichen und die Wörter ' 1. Januar 2000 ' ersetzt durch die Wörter ' 1. Januar 2002 ';

5. in § 2 Absatz 4 werden die Wörter ' Übertragungen, die zwischen dem 1. Januar 1996 und dem 1. Januar 1999 erfolgt sind, müssen vor dem 1. Juni 1999 gemeldet werden. ' ersetzt durch die Wörter ' Übertragungen, die zwischen dem 1. Januar 1996 und dem 1. Januar 2000 erfolgt sind, müssen vor dem 1. Juni 2000 gemeldet werden. ';

[...]

7. in § 7 werden die Wörter ' 1. Januar 1998 ' ersetzt durch die Wörter ' 1. Januar 2000 ';

8. § 7 wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

' In Erwartung der Naturleitpläne gemäß Artikel 15^{ter} § 5 kann in Abweichung von Absatz 1 auf den potentiell bedeutenden Grünflächen eine zusätzliche Düngung von höchstens 100 kg Stickstoff aus chemischen

Düngemitteln je Hektar und pro Jahr erlaubt werden unter der Bedingung, daß diesbezüglich ein Bewirtschaftungsvertrag zwischen dem betreffenden Landwirt und der Abteilung Natur von AMINAL und der "Mestbank " geschlossen wird. In diesem Bewirtschaftungsvertrag können weitere Einschränkungen festgelegt werden bezüglich des Anwendungszeitraums der chemischen Düngemittel. ' »

IV. In rechtlicher Beziehung

- A -

In bezug auf die Zulässigkeit

Standpunkt der Kläger

A.1.1. Die klagenden Parteien verweisen darauf, daß die Klage in der Rechtssache Nr. 1888 gegen eine Reihe von Bestimmungen des Dekrets vom 11. Mai 1999 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel und zur Abänderung des Dekrets vom 28. Juni 1985 über die Umweltgenehmigung gerichtet sei. Dieses Dekret sei am 20. August 1999 im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden. Die Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 1977 sei gegen eine Reihe von Bestimmungen des Dekrets vom 3. März 2000 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 gerichtet. Dieses Dekret sei am 30. März 2000 im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht worden.

Nach Darlegung der klagenden Parteien seien beide Klagen *ratione temporis* zulässig.

A.1.2. Die klagenden Parteien erklären, ein Interesse an der Nichtigklärung der angefochtenen Bestimmungen zu haben.

Die erste klagende Partei, die VoG De Vlaamse Landeigendom, bezwecke «die Förderung und die Verteidigung der gemeinschaftlichen Interessen ihrer gesamten Mitglieder im Zusammenhang mit ihren Rechten an Immobilien im weitesten Sinne des Wortes».

Nach Darlegung der ersten klagenden Partei unterscheide sich dieser Vereinigungszweck ausreichend vom allgemeinen Interesse und reiche er über die individuellen Interessen der einzelnen Mitglieder hinaus. Die erste klagende Partei weise somit das rechtlich erforderliche Interesse an der Nichtigkeitsklage auf.

Die zweite klagende Partei sei ebenfalls eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, nämlich die «European Landowners Organisation» oder «Organisation de la ruralité et du milieu européen», abgekürzt ORME. Diese Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht verfolge gemäß ihrer Satzung dieselbe Zielsetzung wie die erste klagende Partei, jedoch europaweit. Die zweite klagende Partei besitze somit eindeutig ein Interesse.

Die anderen klagenden Parteien seien Eigentümer, bloße Eigentümer und Nutznießer von Liegenschaften, auf denen infolge der angefochtenen Bestimmungen jegliche Form des Düngens verboten werde. Folglich seien diese Flächen absolut ungeeignet für jegliche Nutzung beziehungsweise erlitten sie zumindest eine sehr starke Wertminderung.

Die Eigentümer, bloßen Eigentümer und Nutznießer seien nach Darlegung der klagenden Parteien unmittelbar und in ungünstigem Sinne in ihren Eigentumsrechten betroffen.

Standpunkt der Flämischen Regierung

A.2.1. Die Flämische Regierung führt an, daß die Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 1977 teilweise unzulässig sei.

So werde unter anderem die Nichtigklärung von Artikel 15^{ter} § 1, § 2 und § 7 in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 abgeänderten Fassung beantragt. Durch eine Klage auf Nichtigklärung eines Abänderungsdekrets könnten nur die durch dieses Dekret vorgenommenen Abänderungen angefochten werden, jedoch nicht die unverändert gebliebenen Teile der betreffenden Bestimmungen. Durch das Dekret vom 3. März 2000 seien nur begrenzte Abänderungen an Artikel 15^{ter} des Düngemitteldekrets vorgenommen worden.

Die Flämische Regierung ist der Auffassung, daß angesichts der verbleibenden Textteile von Artikel 15ter des Düngemitteldekrets, die durch das Dekret vom 11. Mai 1999 eingeführt worden seien, die Nichtigkeitsklage vom 30. Mai 2000, insofern sie die Nichtigkeitsklärung dieser nicht abgeänderten Bestimmungen bezwecke, *ratione temporis* unzulässig sei.

A.2.2.1. Nach Darlegung der Flämischen Regierung sei die Klage ebenfalls wegen mangelnden Interesses unzulässig. Alle klagenden Parteien begründeten nämlich ihr Interesse mit den Folgen der gebietsbezogenen Verschärfungen für die «gefährdeten Naturgebiete» in bezug auf sie selbst oder in bezug auf diejenigen, für die sie vorgeblich aufträten. Mit anderen Worten, alle klagenden Parteien begründeten ihr Interesse mit den Folgen des durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 abgeänderten Artikels 15ter des Düngemitteldekrets, so wie er durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingeführt worden sei, und hierzu gehörten die Parzellen einiger von ihnen oder einiger ihrer Mitglieder. Nach Darlegung der Flämischen Regierung seien diese Darlegungen nicht sachdienlich.

A.2.2.2. Die Flämische Regierung verweist darauf, daß die klagenden Parteien ein Interesse an der Nichtigkeitsklärung der auf zulässige Weise angefochtenen Bestimmungen haben müßten. Die klagenden Parteien müßten nachweisen, daß sie unmittelbar und in ungünstigem Sinne betroffen seien von den Abänderungen, die durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 an Artikel 15ter des Düngemitteldekrets vorgenommen worden seien. Ein eventuelles Interesse an der Nichtigkeitsklärung des ursprünglichen Artikels 15ter in der durch das Dekret vom 11. Mai 1999 eingeführten Fassung sei eine andere Frage, um die es in der Rechtssache Nr. 1977 nicht gehe.

A.2.2.3. Außerdem ist die Flämische Regierung der Auffassung, daß die klagenden Parteien, die eventuell unmittelbar und in ungünstigem Sinne von den ursprünglichen Eigentumseinschränkungen von Artikel 15ter des Düngemitteldekrets betroffen seien, nicht notwendigerweise unmittelbar und in ungünstigem Sinne von dessen Abänderungen betroffen seien. Die Flämische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die klagenden Parteien in der Nichtigkeitsklage der Rechtssache Nr. 1977 diesbezüglich keineswegs die Auflagen erfüllten.

A.2.2.4. Die Flämische Regierung merkt ebenfalls an, daß die klagenden Parteien im wesentlichen eine Verschärfung des Düngemitteldekrets bezweckten. Das Anstreben einer Verschärfung einer Regelung habe zur Folge, daß die angefochtene Regelung den klagenden Parteien einen Vorteil biete, so daß niemand benachteiligt werde.

A.2.2.5. Zuletzt führt die Flämische Regierung an, daß das Interesse der VoG De Vlaamse Landeigendom an der Klage auf Nichtigkeitsklärung des Dekrets vom 21. Oktober 1997 nicht *ipso facto* ein Interesse an der Anfechtung eines anderen Dekrets mit sich bringe. Daher müsse die betroffene klagende Partei nachweisen, daß sie von den in dieser Rechtssache angefochtenen Bestimmungen unmittelbar und in ungünstigem Sinne betroffen sei.

Antwort der klagenden Parteien

A.3.1. Im Erwidierungsschriftsatz weisen die klagenden Parteien darauf hin, daß Artikel 15ter des Düngemitteldekrets bereits zum ersten Mal in der Nichtigkeitsklage Nr. 1888 angefochten worden sei, so daß die Nichtigkeitsklage gegen die unveränderten Bestimmungen von Artikel 15ter sehr wohl geprüft werden könne.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, daß die Flämische Regierung zu Unrecht versuche, die durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 vorgenommenen Abänderungen getrennt zu behandeln. Die Flämische Regierung übersehe die Tatsache, daß die früheren, auf zulässige Weise angefochtenen Abänderungen des Düngemitteldekrets aufgrund von Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 noch durch den Hof geprüft werden müßten.

A.3.2.1. Ferner bemerken die klagenden Parteien, daß die Behauptung der Flämischen Regierung, wonach die klagenden Parteien nur eine Verschärfung des Düngemitteldekrets vorschlugen, nicht angenommen werden könne. Die Regelung über ein vollständiges Düngeverbot beinhalte nämlich eine ungerechtfertigte Einschränkung des Eigentumsrechts, da es hierfür keinerlei wissenschaftliche oder politisch korrekte Recht-

fertigung gebe. Im Gegenteil, die klagenden Parteien führen an, daß es ein Kompromiß für die im allgemeinen sehr laschen Düngennormen zu sein scheine.

Die klagenden Parteien führen an, daß es ausreichende Gründe gebe, das gesamte flämische Gebiet als gefährdetes Gebiet zu bezeichnen, wobei die Regelung eines vollständigen Düngeverbotes aufgegeben werden müsse. Diesbezüglich würde die Regelung eine Erleichterung für die klagenden Parteien beinhalten, da die für sie ungünstige Regelung aufgehoben werde.

A.3.2.2. Die klagenden Parteien vertreten im Erwidierungsschriftsatz den Standpunkt, daß das Interesse der ersten und zweiten klagenden Partei nicht in Abrede gestellt werden könne. Das kollektive Interesse, auf das sich die juristische Person berufe, könne die Summe der individuellen Interessen der Mitglieder sein. Eine Handlung, die die Interessen der Mitglieder verletze, verletze gleichzeitig auch die Zielsetzung der Vereinigung. Somit besitze sowohl die erste als auch die zweite klagende Partei das rechtlich erforderliche Interesse.

Die klagenden Parteien nehmen zwar an, daß die Anerkennung des Interesses einer juristischen Person in einem spezifischen Nichtigkeitsverfahren nicht *ipso facto* ein Interesse an gleich welchem Verfahren mit sich bringe. In den vorliegenden Rechtssachen hätten die erste und die zweite klagende Partei jedoch sehr wohl ein Interesse daran, die Interessen ihrer Mitglieder bezüglich der Wertminderung und der Beeinträchtigung ihrer Liegenschaften zu verteidigen.

Zur Hauptsache

Rechtssache Nr. 1888

Erster Klagegrund

A.4.1.1. Die klagenden Parteien führen als ersten Klagegrund einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an. Infolge von Artikel 15ter § 1 in Verbindung mit Artikel 15ter § 7 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingeführten Fassung werde nämlich zwischen einerseits den in Waldgebieten, Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten gelegenen Anbauflächen, auf denen jegliche Form des Düngens verboten werde, und andererseits Gebieten, in denen sehr lasche Düngennormen gelten würden, unterschieden.

Nach Darlegung der klagenden Parteien gebe es für diese Aufteilung Flanderns keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung und stünden die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

A.4.1.2. Die klagenden Parteien erklären, daß die heutige Regelung, die Flandern in einerseits Gebiete mit einem vollständigen Düngeverbot und andererseits Gebiete mit laschen Düngennormen aufteile, nicht der vorgegebenen Zielsetzung des Umweltschutzes entspreche.

Die Richtlinie 91/676/EWG vom 12. Dezember 1991 (nachstehend « Nitratrichtlinie ») erlege den Mitgliedstaaten nämlich unter anderem die Verpflichtung auf, die gefährdeten Gebiete auszuweisen. Aus verschiedenen Verfahren wegen Verstößen ergebe sich deutlich, daß die Flämische Region die gefährdeten Gebiete nicht korrekt angegeben habe.

Ferner sei nach Darlegung der klagenden Parteien anzumerken, daß die Kennzeichnung der Gebiete mit einem vollständigen Düngeverbot nach einer raumplanmäßigen Aufteilung auf der Grundlage der Dekretsbestimmungen bezüglich der Raumordnung und des Städtebaus erfolgt sei. Hierbei habe man jedoch keineswegs die für Nitrat empfindlichen Böden oder die tatsächliche Belastung der Böden berücksichtigt. Außerdem mache man durch das Vorschreiben eines absoluten Düngeverbotes in bestimmten Gebieten *de facto* jegliche landwirtschaftliche Tätigkeit unmöglich, obwohl dieses faktische Verbot im Widerspruch zu den Bestimmungen des Raumordnungs- und Strukturplans für Flandern stehe.

Aus der Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 9. November 1999 sowie aus den Studien der « Vlaamse Milieumaatschappij » gehe hervor, daß die Zielsetzung des Umweltschutzes nur erreicht werden könne, wenn das gesamte Gebiet Flanderns als ein einziges gefährdetes Gebiet ausgewiesen werde. Die klagenden Parteien seien folglich der Auffassung, daß es für die Aufteilung Flanderns in Gebiete mit absolutem Düngeverbot und in Gebiete mit laschen Normen keine vernünftige und objektive Rechtfertigung gebe, so daß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstoßen werde.

Neben der nicht konformen Kennzeichnung der gefährdeten Gebiete sei nach Darlegung der klagenden Parteien ebenfalls auf den Umstand hinzuweisen, daß die Düngennormen im Flämischen Düngemitteldekret unzureichend seien. Die allgemeinen Düngennormen, die für die in gefährdeten Gebieten gelegenen ökologisch wertvollen Agrarflächen gelten würden, seien deutlich weniger streng als die Normen, die in Anlage III zur Nitratrichtlinie vorgesehen seien.

Da die Düngennormen für die benachbarten Grundstücke bestimmter Anbauflächen sehr flexibel seien, bedeute das absolute Düngeverbot nach Auffassung der klagenden Parteien keinen Mehrwert für die Zielsetzung, da das Grundwasser des gesamten Gebiets bei wenig strengen Düngennormen belastet werde.

Falls die gleiche Regelung gemäß den Vorschriften der Europäischen Kommission im gesamten Gebiet Anwendung finden sollte, würde dies nach Auffassung der klagenden Parteien insgesamt zu einer Verbesserung und außerdem zu einer gleichen Verteilung der Umweltzwänge führen. Die Anwendung des absoluten Düngeverbotes würde dann überflüssig, so daß die Beibehaltung einer differenzierten Nutzung der betreffenden Flächen und die Garantie der biologischen Vielfalt weiterhin möglich seien.

Folglich sei nach Auffassung der klagenden Parteien Artikel 15ter § 1 in Verbindung mit Artikel 15ter § 7 des Düngemitteldekrets weder vernünftig noch objektiv zu rechtfertigen. Das Vorhandensein einer solchen Rechtfertigung sei nämlich im Zusammenhang mit der Zielsetzung und den Folgen der zu prüfenden Norm zu beurteilen, doch die angewandten Mittel stünden nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

A.4.1.3. Die klagenden Parteien führen ferner an, daß Artikel 15ter § 1 in Verbindung mit Artikel 15ter § 7 des Düngemitteldekrets einen Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Eigentums darstelle, das durch Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet werde, weil dieser Artikel nicht nur auf formale Enteignungen, sondern auch auf faktische Enteignungen Anwendung finde.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, daß es sich im vorliegenden Fall um eine faktische Enteignung handle, da die Auswirkungen eines Verstoßes die Betroffenen wirtschaftlich ebenso stark treffe wie eine formale Enteignung. Damit der Eigentumsvorenhalt gesetzlich sein könne, müsse er nach Darlegung der klagenden Parteien vier Bedingungen erfüllen, d.h. (1) die Enteignung müsse immer zum Nutzen der Allgemeinheit erfolgen, (2) sie müsse den gesetzlich festgelegten Bedingungen entsprechen, (3) der Eigentumsentzug müsse unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze des internationalen Rechts erfolgen, und (4) es müsse ein vernünftiges Verhältnis zwischen den angewandten Mitteln und der Zielsetzung bestehen.

Die klagenden Parteien verweisen darauf, daß die vierte Bedingung nicht erfüllt sei. Die weitreichende Einschränkung des Eigentumsrechts führe zu einem erheblichen Wertverlust für den betroffenen Eigentümer, ohne daß der genannten Eigentumseinschränkung ein Vorteil für die Umwelt gegenüberstehe. Daher würden die verschärften Normen keinen Mehrwert für die Zielsetzung darstellen.

Zweiter Klagegrund

A.4.2.1. Die klagenden Parteien führen als zweiten Klagegrund einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an, indem Artikel 15ter § 2 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung einen Unterschied schaffe zwischen Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben, so daß nur Familienviehzüchtereien in den Genuß einer zeitlich unbegrenzten Befreiung vom Düngeverbot gelangen könnten.

Für diesen Behandlungsunterschied gebe es nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei vernünftige und objektive Rechtfertigung und stünden die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

A.4.2.2. Die klagenden Parteien verweisen darauf, daß sowohl im Dekret vom 23. Januar 1991 als auch im Entwurf des Dekrets vom 11. Mai 1999 eine Möglichkeit zur Befreiung für die Betriebe vorgesehen gewesen sei, die lediglich aufgrund der Tatsache, daß sie weniger als 300 kg Diphosphorpentoxid pro Jahr produzierten, nicht den Status als « Familienviehzüchtereien » erhielten. Nach der endgültigen Annahme des Dekrets vom 11. Mai 1999 sei diese Möglichkeit zur unbegrenzten Befreiung verschwunden.

Die klagenden Parteien erklären, daß trotz der Aufrechterhaltung der Zielsetzung, die darin bestehe, die Umwelt vor Verunreinigung durch Düngemittel zu schützen, die zur Verwirklichung der Zielsetzung angewandten Mittel abgeändert worden seien. Außerdem sei die Regelung zur Befreiung anderer Betriebe als der Familienviehzüchtereien zeitlich begrenzt, während dies für Familienviehzüchtereien nicht der Fall sei.

Der Dekretgeber habe in keiner Weise die Gründe dargelegt, aus denen die seinerzeit vorgesehene Möglichkeit zur Befreiung vom Düngeverbot abgeändert worden sei.

A.4.2.3. Artikel 15ter § 2 des Düngemitteldekrets verstoße nach Darlegung der klagenden Parteien auch gegen das Recht auf Achtung des Eigentums, so wie es in Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen sei.

Obwohl die betreffende Einmischung der Obrigkeit keine Enteignung oder Regelung in bezug auf die Benutzung von Gütern darstelle, liege ein Verstoß gegen den zweiten Satz von Absatz 1 des vorgenannten Artikels 1 vor, wenn der Betroffene nicht entschädigt werde.

Dritter Klagegrund

A.4.3.1. Als dritten Klagegrund führen die klagenden Parteien einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an. Infolge von Artikel 15octies in Verbindung mit Artikel 15septies des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung werde dem Eigentümer nämlich erst zum Zeitpunkt der Übertragung eine Entschädigung für den Eigentumsverlust gewährt, und dies nur insofern hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stünden.

Für diese Einschränkung der Entschädigung bestehe nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei vernünftige Rechtfertigung, da jeder Verlust infolge der das Eigentum einschränkenden Maßnahmen des Düngemitteldekrets einen Schaden verursache.

A.4.3.2. Die klagenden Parteien führen an, daß Eigentümer von Ländereien, die nicht zu deren Verkauf übergangen, ebenfalls dem Problem eines faktischen Entzugs ihres Eigentumsrechtes gegenüberstünden. Indem der flämische Dekretgeber diese Eigentümer anders behandle als die Eigentümer, die zu einer Übertragung bereit seien, verstoße er gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

Nach Auffassung der klagenden Parteien sei nicht von der Hand zu weisen, daß beide Kategorien von Eigentümern sich in der gleichen Lage befänden; beide würden einen Vermögensverlust infolge der gebietsbezogenen verschärften Düngevorschriften erleiden.

Die klagenden Parteien vertreten den Standpunkt, daß kein vernünftiger Zusammenhang der Verhältnismäßigkeit bestehe, da die Zielsetzung des Düngemitteldekrets mit Mitteln erreicht werde, die unverhältnismäßig seien.

Der Verlust trete zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der verschärften Düngevorschriften ein und nicht zum Zeitpunkt der Übertragung. Außerdem könne es nur schwerlich in der Absicht des Dekretgebers liegen, im Zuge einer allgemeinen Erwerbspolitik die Landeigentümer zu verpflichten, die betreffenden Ländereien zu übertragen und so der Zersplitterung der Flächen Vortrieb zu leisten, was der Einheitlichkeit und Effizienz der Bewirtschaftung nicht zugute komme.

A.4.3.3. Artikel 15^{ter} § 1 in Verbindung mit Artikel 15^{ter} § 7 des Düngemitteldekrets beinhalte nach Auffassung der klagenden Parteien ebenfalls einen Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Eigentums. Ein Eigentümer könne aufgrund von Artikel 1 Absatz 1 zweiter Satz des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention eine Entschädigung verlangen, wenn die ihm auferlegten Nutzungseinschränkungen als eine faktische Enteignung zu bezeichnen seien.

Außerdem stellten die klagenden Parteien fest, daß es verschiedene Beispiele von Gesetzesbestimmungen gebe, mit denen ein Recht auf Entschädigung wegen auferlegten Einschränkungen des Eigentumsrechts gewährt werde, ohne daß der Erhalt der Entschädigung von einer vorherigen Eigentumsübertragung abhängig gemacht werde.

Aus dem Urteil Nr. 50/93 des Hofes könne nach Auffassung der klagenden Parteien abgeleitet werden, daß in dem Fall, wo von einer faktischen Enteignung die Rede sei, vom Grundsatz einer nicht erteilten Entschädigung abzuweichen sei und daß einer der Gründe, keine Entschädigung zu gewähren, die Möglichkeit sei, eine Klage auf Erhalt einer Entschädigung zur Wiedergutmachung eines außergewöhnlichen Schadens einreichen zu können. Im vorliegenden Fall könne von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht werden, da es keine Handlung der Verwaltungsbehörden sei.

Vierter Klagegrund

A.4.4.1. Als vierten Klagegrund führen die klagenden Parteien einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an, indem infolge von Artikel 15^{septies} in Verbindung mit Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung der Eigentümer nur eine Entschädigung für den Vermögensverlust erhalten könne, wenn die diesbezüglichen Parzellen 1996 bei der « Mestbank » angegeben worden seien.

A.4.4.2. Durch Artikel 15^{septies} in Verbindung mit Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets habe der Eigentümer, wenn er keine Erklärung abgegeben habe, keinen Anspruch auf eine Entschädigung, obwohl er im gleichen Maße einen Verlust erleide wie die Eigentümer, deren Ländereien angegeben worden seien. Die klagenden Parteien verweisen auch darauf, daß aufgrund von Artikel 3 § 1 des Dekrets vom 23. Januar 1991 die Erklärung durch den Erzeuger/Pächter habe abgegeben werden müssen. Ein Eigentümer, dessen Pächter nachlässig gewesen sei, habe also keinen Anspruch auf eine Entschädigung für den Vermögensverlust seiner Güter.

Außerdem sei anzumerken, daß in dem Fall, wo der Pächter eine Befreiung vom Düngeverbot als Familienviehzüchtereier erhalten habe und den Pachtvertrag zu beenden wünsche, der Eigentümer eine Entschädigung gemäß den Artikeln 45 und 46 des Pachtgesetzes zahlen müsse. Der Eigentümer/Verpächter erleide jedoch durch das Handeln des Pächters einen Wertverlust seines Vermögens, da durch die Beendigung des Pachtverhältnisses die Befreiung vom Düngeverbot für die Familienviehzüchtereier entfalle. Der Eigentümer komme jedoch nicht für eine Entschädigung in Frage, da er die Ländereien nicht mehr angeben könne.

Die klagenden Parteien führen an, daß Artikel 15^{septies} des Düngemitteldekrets einen Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit darstelle. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß auch Eigentümer, deren Ländereien nicht angegeben worden seien, den gleichen Verlust erlitten wie Eigentümer, deren Ländereien angegeben worden seien und trotzdem keinen Anspruch auf eine Entschädigung hätten.

Der Umstand, daß jemand einen Verlust erleide, müsse getrennt von der Tatsache betrachtet werden, ob jemand eine Erklärung abgegeben habe oder nicht. Man dürfe nicht davon ausgehen, daß der Verlust erst eintrete, wenn eine Erklärung abgegeben worden sei.

A.4.4.3. Artikel 15^{septies} in Verbindung mit Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets beinhalte nach Darlegung der klagenden Parteien ebenfalls einen Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Eigentums.

Fünfter Klagegrund

A.4.5.1. Als fünften Klagegrund führen die klagenden Parteien einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an. Infolge von Artikel 15^{sexies} § 3 in Verbindung mit Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung würden nur Entschädigungen für Einkommensverluste gewährt, die infolge von über die Dekretsbestimmungen hinausgehenden Schritten zur Verbesserung der Umwelt entstünden.

Für eine solche Bestimmung bestehe nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei vernünftige Rechtfertigung, da die Ländereien infolge des absoluten Düngeverbotes faktisch unbrauchbar geworden seien, so daß der Eigentümer *de facto* keine weitergehenden Schritte unternehmen könne oder dürfe.

A.4.5.2. Die klagenden Parteien sind der Auffassung, daß der Verlust zum Zeitpunkt des Auferlegens des Düngeverbotes eintrete, so daß man, indem man eine Entschädigung vom Abschluß eines Bewirtschaftungsvertrags abhängig mache, gegen das Recht auf Achtung des Eigentums verstoße. Außerdem sei der Anwendungsbereich der Bewirtschaftungsverträge derart begrenzt, daß die Nutzung dieser Möglichkeit nur eine marginale Bedeutung haben werde, was somit ebenfalls auf die Entschädigungsmöglichkeit zutreffe.

Außerdem sei nach Auffassung der klagenden Parteien anzumerken, daß ein Eigentümer, der seine Ländereien verpachte, zum Abschluß eines Bewirtschaftungsvertrags von seinem Pächter abhängig sei, um eine Entschädigung zu erhalten, während ein betroffener Eigentümer, dessen Pächter keinen Bewirtschaftungsvertrag abschließe, in gleichem Maße einen Verlust erleide wie ein Eigentümer, dessen Pächter wohl einen Bewirtschaftungsvertrag abschließe.

Für diesen Behandlungsunterschied gebe es nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung.

Rechtssache Nr. 1977

Erster Klagegrund

A.6.1. Die klagenden Parteien führen als ersten Klagegrund einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an, indem infolge von Artikel 15^{ter} § 1 in Verbindung mit Artikel 15^{ter} § 7 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 eingefügten Fassung zwischen einerseits den in Waldgebieten, Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten gelegenen Anbauflächen, auf denen jegliche Form des Düngens verboten werde, und andererseits den Gebieten, für die sehr lasche Düngennormen gelten würden, unterschieden werde.

Für diese Aufgliederung Flanderns bestehe nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung und stünden die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

A.6.2. Die klagenden Parteien führen an, daß die heutige Regelung, die Flandern in Gebiete mit absolutem Düngeverbot einerseits und Gebiete mit laschen Düngennormen andererseits aufteile, nicht der vorgegebenen Zielsetzung des Umweltschutzes entgegenkomme.

Gegen die in der Rechtssache Nr. 1977 angefochtenen Bestimmungen führen die klagenden Parteien den ersten Klagegrund aus der Rechtssache Nr. 1888 an, wobei sie nun auch auf die Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 9. November 1999, auf die Studien der «Vlaamse Milieumaatschappij» und auf den Abschlußbericht der Europäischen Kommission «Verification of Vulnerable Zones Identified under the Nitrate Directive and Sensitive Areas Identified under the Urban Waste Water Treatment Directive, Belgium, February 2000» verweisen.

Auch das Einfügen eines zweiten Absatzes in Artikel 15^{ter} § 1 und Artikel 15^{ter} § 7 des Düngemitteldekrets durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 biete nach Darlegung der klagenden Parteien keine Lösung für die Problematik. Die betreffende Abweichung gelte nämlich nur für eine bestimmte

Übergangsperiode bis zur Festlegung der Naturleitpläne, und man könne nur dann davon Gebrauch machen, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt seien.

A.7.1. Die Flämische Regierung führt an, daß der erste Klagegrund unzulässig sei, insofern er aus dem Verstoß gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention und gegen Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention abgeleitet sei, da der Hof nur über Nichtigkeitsklagen wegen Verstoßes gegen Regeln, die durch die Verfassung oder aufgrund derselben zur Bestimmung der jeweiligen Zuständigkeiten des Staates, der Gemeinschaften und Regionen festgelegt worden seien, oder gegen die Artikel 10, 11 und 24 der Verfassung befinden könne.

A.7.2. In bezug auf den von den klagenden Parteien bemängelten Behandlungsunterschied zwischen Anbauflächen, die in Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten lägen, und anderen Anbauflächen, bemerkt die Flämische Regierung, daß der Behandlungsunterschied nicht durch das angefochtene Dekret vom 3. März 2000, sondern durch das Dekret vom 11. Mai 1999 eingeführt und auch nicht übernommen worden sei. Es sei festzustellen, daß die angefochtene Bestimmung nicht den von den klagenden Parteien bemängelten Unterschied einführe, so daß der Klagegrund nach Auffassung der Flämischen Regierung einer Grundlage entbehre.

A.7.3. Hilfsweise verweist die Flämische Regierung darauf, daß die Entscheidung, nicht das gesamte Gebiet Flanderns als gefährdetes Gebiet auszuweisen, eine Frage der Prioritäten und Möglichkeiten gewesen sei. Außerdem sei nicht ganz Flandern auf gleiche Weise gefährdet und würde die Ausweisung von ganz Flandern als gefährdetes Gebiet zu sozialwirtschaftlichen Katastrophen führen.

Deshalb könne nach Darlegung der Flämischen Regierung der angefochtene Behandlungsunterschied nicht als eindeutig unvernünftig bezeichnet werden. Man dürfe nämlich nicht aus den Augen verlieren, daß der Dekretgeber auf diesem Gebiet eine Ermessensbefugnis besitze, so daß diese Beurteilung vor dem Hof nur angefochten werden könne, wenn sie eindeutig unvernünftig wäre.

A.8.1. Die klagenden Parteien erwidern, daß der Verstoß gegen Rechte und Freiheiten, die durch Bestimmungen des internationalen Rechts gewährleistet würden, in den Zuständigkeitsbereich des Hofes gebracht werden könne unter der Bedingung, daß ein solcher Verstoß im Zusammenhang mit einer Mißachtung der Artikel 10 und 11 der Verfassung angeführt werde.

A.8.2. Die klagenden Parteien bemerken, die Flämische Regierung übersehe, daß die klagenden Parteien bereits eine erste Nichtigkeitsklage gegen die angefochtenen Bestimmungen des Düngemitteldekrets, die sich aus Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 ergäben, eingereicht hätten. Angesichts der Abänderungen dieses Dekrets durch das Dekret vom 3. März 2000 sei durch eine getrennte Klageschrift eine erneute Nichtigkeitsklage eingereicht worden. Aufgrund der fristgerecht im ersten Verfahren (Rechtssache Nr. 1888) eingereichten Klageschrift, des Zusammenhangs zwischen beiden Rechtssachen und der Verbindung der Klagen könnten die Verweise in der zweiten Klageschrift auf die ausführliche Argumentation in der ersten Klageschrift kein Anlaß zum Fehlen einer Grundlage sein.

A.8.3. In ihrem Erwidernsschriftsatz führen die klagenden Parteien auch an, daß nicht der Grundsatz einer gebietsbezogenen Verschärfung für gefährdete Gebiete angefochten werde, sondern vielmehr eine eindeutig ungerechtfertigte differenzierte Regelung des Düngeverbots für die gefährdeten Naturgebiete im Sinne von Artikel 15^{ter}.

Die Notwendigkeit von verschärften Normen für die gefährdeten Gebiete sei nach Darlegung der klagenden Parteien keine Frage der Prioritäten der flämischen Obrigkeit, sondern ergebe sich aus den Vorschriften der Nitratrichtlinie und aus den diesbezüglichen wissenschaftlichen Feststellungen.

Es sei ferner zu einfach zu behaupten, daß nicht ganz Flandern in gleicher Weise gefährdet sei.

Außerdem sei es nach Darlegung der klagenden Parteien absolut unannehmbar, daß die Normen des Düngeverbotes als Gegengewicht zu den im allgemeinen zu laschen Dünge Normen verwendet würden.

Zweiter Klagegrund

A.9.1. Die klagenden Parteien führen als zweiten Klagegrund einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung und gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention, sowohl an sich als auch in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention an, indem Artikel 15 §2 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 eingefügten Fassung einen Unterschied einführe zwischen Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben, so daß nur Familienviehzüchtereien eine zeitlich unbegrenzte Befreiung vom Düngeverbot erhalten könnten.

Für diesen Behandlungsunterschied gebe es nach Darlegung der klagenden Parteien keinerlei vernünftige und objektive Rechtfertigung und stünden die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

A.9.2. Die klagenden Parteien verweisen darauf, daß sowohl im Dekret vom 23. Januar 1991 als auch im Entwurf des Dekrets vom 11. Mai 1999 eine Möglichkeit zur Befreiung für die Betriebe vorgesehen gewesen sei, die lediglich aufgrund der Tatsache, daß sie weniger als 300 kg Diphosphorpentoxyd im Jahr produzierten, nicht den Status als «Familienviehzüchtereie» besäßen. Nach der endgültigen Festlegung des Dekrets vom 11. Mai 1999 sei diese Möglichkeit zur unbegrenzten Befreiung verschwunden.

Die klagenden Parteien bemerken, daß trotz der Aufrechterhaltung der Zielsetzung, die darin bestehe, die Umwelt vor Verunreinigung durch Düngemittel zu schützen, die zur Verwirklichung der Zielsetzung angewandten Mittel abgeändert worden seien. Außerdem sei die Regelung zur Befreiung anderer Betriebe als der Familienviehzüchtereien zeitlich begrenzt, während dies für Familienviehzüchtereien nicht der Fall sei.

Der Dekretgeber habe in keiner Weise die Gründe dargelegt, aus denen die seinerzeit vorgesehene Möglichkeit zur Befreiung vom Düngeverbot abgeändert worden sei.

Artikel 15^{ter} § 2 des Düngemitteldekrets verstoße nach Darlegung der klagenden Parteien auch gegen das Recht auf Achtung des Eigentums, so wie es in Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen sei.

Obwohl die betreffende Einmischung der Obrigkeit keine Enteignung oder Regelung in bezug auf die Benutzung von Gütern darstelle, liege ein Verstoß gegen den zweiten Satz von Absatz 1 des vorgenannten Artikels 1 vor, wenn der Betroffene nicht entschädigt werde.

A.10.1. Die Flämische Regierung vertritt den Standpunkt, daß der zweite Klagegrund unzulässig sei, insofern er aus dem Verstoß gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention und gegen Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention abgeleitet sei, da der Hof nur über Nichtigkeitsklagen wegen Verstoßes gegen Regeln, die durch die Verfassung oder aufgrund derselben zur Bestimmung der jeweiligen Zuständigkeiten des Staates, der Gemeinschaften und Regionen festgelegt worden seien, oder gegen die Artikel 10, 11 und 24 der Verfassung befinden könne.

A.10.2. In bezug auf den von den klagenden Parteien bemängelten Behandlungsunterschied zwischen Familienviehzüchtereien und anderen Betrieben bemerkt die Flämische Regierung, daß der Behandlungsunterschied nicht durch das angefochtene Dekret vom 3. März 2000, sondern durch das Dekret vom 20. Dezember 1995 zur Abänderung des Dekrets vom 23. Januar 1991 über den Schutz der Umwelt gegen die Verunreinigung durch Düngemittel eingeführt und auch nicht übernommen worden sei. Es sei festzustellen, daß die angefochtene Bestimmung nicht den von den klagenden Parteien bemängelten Unterschied einführe, so daß der Klagegrund nach Auffassung der Flämischen Regierung einer Grundlage entbehre.

A.10.3. Hilfsweise verweist die Flämische Regierung darauf, daß die Rechtfertigung des Unterschieds seinerzeit bereits dem Hof dargelegt und vor allem von ihm in seinem Urteil Nr. 42/97 vom 14. Juli 1997 angenommen worden sei.

Die Begründung des Urteils Nr. 42/97 liege *a fortiori* vor, wenn es darum gehe, diesen Unterschied noch in begrenztem Maße und einmalig anzuwenden als Übergangsmaßnahme für Betriebe, die innerhalb der «gefährdeten Naturgebiete» bewirtschaftet würden. Nach Darlegung der Flämischen Regierung sei der angefochtene Unterschied nicht eindeutig unvernünftig.

A.11.1. Die klagenden Parteien erwidern, daß der Verstoß gegen Rechte und Freiheiten, die durch Bestimmungen des internationalen Rechts gewährleistet würden, in den Zuständigkeitsbereich des Hofes gebracht werden könne, unter der Bedingung, daß der betreffende Verstoß im Zusammenhang mit einer Mißachtung der Artikel 10 und 11 der Verfassung angeführt werde.

A.11.2. Die klagenden Parteien bemerken, daß der angefochtene Unterschied zwischen der Möglichkeit der Befreiung für Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben zum ersten Mal durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingeführt und später durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 abgeändert worden sei.

Folglich würden nach Auffassung der klagenden Parteien nicht die Möglichkeiten zur Befreiung, die durch das Dekret vom 20. Dezember 1995 eingeführt worden seien, angefochten, wie die Flämische Regierung zu Unrecht behauptete, sondern vielmehr deren spätere Abänderungen und der Unterschied, der demzufolge zwischen Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben gemacht werde, während dies ursprünglich nicht vorgesehen gewesen sei.

A.11.3. Die klagenden Parteien führen an, der Dekretgeber habe in keiner Weise die Gründe dargelegt, aus denen die seinerzeit vorgesehene Möglichkeit der Befreiung vom Düngeverbot sowohl für Familienviehzüchtereien als auch für die *de-facto*-Familienackerbaubetriebe in dem Sinne abgeändert worden sei, daß nur noch Familienviehzüchtereien für eine zeitlich unbegrenzte Möglichkeit der Befreiung in Frage kommen könnten, und die Ackerbaubetriebe höchstens bis zum 1. Januar 2002.

- B -

In bezug auf das Interesse der klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 1977

B.1.1. Die Flämische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 1977 teilweise unzulässig sei, weil unter anderem die Nichtigklärung von Artikel 15^{ter} §§ 1, 2 und 7 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 abgeänderten Fassung beantragt werde. Doch durch eine Klage auf Nichtigklärung eines Abänderungsdekrets könnten nur die durch dieses Dekret vorgenommenen Abänderungen angefochten werden, aber nicht der Teil der betreffenden Bestimmungen, der unverändert geblieben sei.

B.1.2. Die Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 1977 ist gegen Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 zur Abänderung des Düngemitteldekrets gerichtet, insbesondere insofern dessen Artikel 15^{ter} §§ 1, 2 und 7 in begrenztem Maße abgeändert wird. Dieses Dekret wurde im *Belgischen Staatsblatt* vom 30. März 2000 veröffentlicht und durch die klagenden Parteien am 30. Mai 2000 angefochten. Aufgrund von Artikel 3 § 1 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof ist festzustellen, daß diese Klage *ratione temporis* zulässig ist. Die

Klage bezieht sich nur auf die Anpassungen der betreffenden Artikel, da diese nicht insgesamt in das angefochtene Dekret übernommen wurden.

B.2.1. Die Flämische Regierung führt an, daß die klagenden Parteien nachweisen müßten, unmittelbar und in ungünstigem Sinne von den Abänderungen betroffen zu sein, die durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 an Artikel 15^{ter} § 2 des Düngemitteldekrets vorgenommen wurden.

B.2.2. Das Interesse derselben klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 1888 wird nicht in Abrede gestellt. Die klagenden Parteien haben ein Interesse an der Nichtigkeitsklage in der Rechtssache Nr. 1977, da die angefochtenen Bestimmungen auf sie Anwendung finden und sich in ungünstigem Sinne auf sie in ihrer Situation auswirken können, insofern diese Abänderungsbestimmungen eine Bestätigung von Bestimmungen des Dekrets vom 11. Mai 1999, die in der Rechtssache Nr. 1888 angefochten werden, beinhalten.

B.3.1. Die Flämische Regierung gibt insbesondere zu bedenken, daß die klagenden Parteien in der Rechtssache Nr. 1977 im wesentlichen eine Verschärfung des Düngemitteldekrets bezweckten. Das Anstreben einer Verschärfung einer Regelung setzt voraus, daß die betreffenden Bestimmungen nach Darlegung der klagenden Parteien günstig seien, so daß niemand benachteiligt werde.

B.3.2. Die klagenden Parteien führen an, daß in dem Fall, wo man die von der Europäischen Kommission vorgeschriebenen Düngennormen auf das gesamte flämische Gebiet anwenden würde, die Anwendung der Regel des absoluten Düngeverbotes in «gefährdeten Naturgebieten» nicht notwendig wäre.

Im Gegensatz zu den Darlegungen der Flämischen Regierung wünschen die klagenden Parteien daher keine Verschärfung der betreffenden Bestimmungen; sie bemerken lediglich, daß eine Verschärfung der Düngeregelung es erlauben würde, die geltenden Vorschriften abzuschwächen.

Die klagenden Parteien weisen somit das erforderliche Interesse nach.

B.4.1. Die Flämische Regierung stellt in der Rechtssache Nr. 1977 ebenfalls das Interesse der VoG De Vlaamse Landeigendom in Abrede.

B.4.2. Aus der Satzung der VoG De Vlaamse Landeigendom geht hervor, daß ihr Vereinigungszweck « die Förderung und die Verteidigung der gemeinschaftlichen Interessen ihrer gesamten Mitglieder im Zusammenhang mit ihren Rechten an Immobilien im weitesten Sinne des Wortes » beinhaltet.

Die klagende Partei weist nach, daß zumindest ein Teil des Eigentums der Kategorien von Personen, deren Interessenverteidigung sie bezweckt, für die Anwendung der Regel des absoluten Düngeverbotes in Frage kommt. Die Vereinigung hat ein Interesse daran, die durch das Dekret eingeführten Eigentumsbeschränkungen und Entschädigungsbegrenzungen anzufechten.

B.5. Die von der Flämischen Regierung in der Rechtssache Nr. 1977 angeführten Einreden der Unzulässigkeit werden abgewiesen.

Zur Hauptsache

Rechtssachen Nrn. 1888 und 1977

Bezüglich des Artikels 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention

B.6.1. Die klagenden Parteien führen in all ihren Klagegründen den Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention an.

B.6.2. Der Hof wird diesen Teil der Klagegründe nach der Behandlung des ersten Teils der fünf Klagegründe in der Rechtssache Nr. 1888 prüfen.

Rechtssache Nr. 1888

Erster Klagegrund, in bezug auf Artikel 15ter §§ 1 und 7

B.7. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15ter §§ 1 und 7 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmungen ein Unterschied eingeführt werde zwischen einerseits den in Waldgebieten, Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten gelegenen Anbauflächen, auf denen das absolute Düngeverbot gelte, und andererseits den Gebieten, in denen sehr schwache Dünge­normen gelten würden, obwohl es für diese Aufteilung keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung gebe und die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung stünden.

B.8.1. Gemäß den Vorarbeiten zum Dekret vom 11. Mai 1999 bezweckt das Dekret, in Ausführung von Artikel 14 § 5 des Düngemitteldekrets eine Anpassung daran vorzunehmen auf der Grundlage der Ergebnisse der Bewertung durch die « Stuurgroep Vlaamse Mestproblematiek » (*Parl. Dok.*, Flämischer Rat, 1998-1999, Nr. 1317/1, S. 3).

Der Dekretgeber hat hierzu beschlossen, im angefochtenen Artikel 20 Verschärfungen der Dünge­normen in ganz bestimmten Gebieten vorzunehmen, nämlich in « Abschnitt 2 - Gefährdete Bereiche in ökologisch wertvollen Gebieten », ausgearbeitet im neuen Artikel 15bis, « Abschnitt 3 - Gefährdete Naturgebiete », ausgearbeitet im neuen Artikel 15ter, und « Abschnitt 4 - Phosphatgesättigte Gebiete », ausgearbeitet im neuen Artikel 15quater.

Diese Abänderung wurde wie folgt erläutert:

« Aus zwei grundsätzlichen Erwägungen muß die allgemein geltende Düngepolitik gebietsbezogen verschärft werden. Zunächst gibt es eindeutig Gebiete, die aufgrund der Bodenbeschaffenheit, der Bodenart, der hydrologischen Lage oder der bisherigen Düngung viel empfindlicher als andere auf das Einsickern von Phosphaten oder das Ausspülen von Nitraten ins Grundwasser sind. In diesen Fällen sind schärfere Normen notwendig, um noch die allgemein geltende Basisqualität der Umwelt einhalten zu können. An zweiter Stelle gibt es Gebiete, die vor allem aus ökologischen Gründen eine geringere Nährstoffkonzentration erfordern im Hinblick auf die Verringerung und/oder Vermeidung von unerwünschten Eutrophierungswirkungen. » (*Parl. Dok.*, Flämischer Rat, 1998-1999, Nr. 1317/1, S. 80)

B.8.2. Die klagenden Parteien fechten diese Abänderung an, indem sie anführen, daß mit den neuen Maßnahmen die durch die europäische Richtlinie 91/676/EWG vorgegebene Zielsetzung nicht erreicht werde und daß nur eine für ganz Flandern eingeführte Norm dies erreichen könne. Die klagenden Parteien verweisen dabei auf eine Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 9. November 1999 und auf den Jahresbericht der « Vlaamse Milieumaatschappij » für 1998.

Weder dieser Jahresbericht noch die obenerwähnte Stellungnahme der Kommission (die in einem 1994 eingeleiteten Verfahren abgegeben wurde) beweist, daß die vom Dekretgeber vorgenommenen Abänderungen nicht gerechtfertigt gewesen wären. Der Dekretgeber hat im übrigen im nicht angefochtenen Artikel 13*bis* festgelegt, « daß die Zielsetzung der betreffenden EG-Richtlinie [...] durch die übergreifende allgemeine Norm von 50 mg Nitrat/l Wasser umgesetzt wird » (*Parl. Dok.*, Flämischer Rat, 1998-1999, Nr. 1317/1, S. 9).

B.8.3. Es obliegt der Ermessensbefugnis des Dekretgebers, diesbezüglich eine Opportunitätsentscheidung zu treffen, die, falls keine eindeutige Unvernünftigkeit nachgewiesen wird, was im vorliegenden Fall keineswegs zutrifft, nicht dem Hof zur Beurteilung vorgelegt werden kann.

B.8.4. Der erste Klagegrund ist in seinem ersten Teil unbegründet.

Zweiter Klagegrund, in bezug auf Artikel 15ter § 2

B.9. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15*ter* § 2 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmung ein Unterschied zwischen Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben eingeführt werde, so daß derzeit nur die Familienviehzüchtereien eine weniger strenge Umweltregelung und insbesondere eine zeitlich unbegrenzte Befreiung vom Düngeverbot erhalten könnten, während es für diese Aufteilung keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung gebe und die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung stünden.

B.10.1. Der durch das Dekret von 1995 eingeführte Unterschied zwischen Familienviehzüchtereien und anderen Betrieben wird im angefochtenen Dekret teilweise aufrechterhalten. Für bestimmte Aspekte gelten günstigere Normen für die Betriebe, die 1997 in Anwendung des früheren Dekrets den Status als Familienviehzüchtereier erhalten hatten.

B.10.2. Der Unterschied beruht einerseits auf den ausdrücklich in Artikel 2 Absatz 1 des Düngemitteldekrets festgehaltenen Umweltzielen und andererseits auf sozialwirtschaftlichen Erwägungen.

Der angeprangerte Behandlungsunterschied ist folglich unter anderem durch die Sorge des Dekretgebers, die Lebensfähigkeit der kleineren selbständigen und wirtschaftlich weniger starken Betriebe nicht zu gefährden, gerechtfertigt. Bei diesen Betrieben konnte der Dekretgeber vernünftigerweise davon ausgehen, daß sie verhältnismäßig weniger zu den Düngemittelüberschüssen, die der Dekretgeber bekämpfen will, beitragen, zumal das Düngeproblem hauptsächlich auf die Industrialisierung und Intensivierung der integrierten Viehhaltung zurückgeführt wird.

B.10.3. Daß die frühere Regelung, mit der auch für die Betriebe, die lediglich wegen der Bedingung, daß die Jahresproduktion des Betriebs mindestens 300 kg Diphosphorpentoxid betragen muß, den Status als Familienviehzüchtereier nicht erhalten hatten oder nicht hatten erhalten können, eine Befreiungsregelung vorgesehen war, durch das Dekret vom 11. Mai 1999 aufgehoben wurde, leistet dem keinen Abbruch.

Jegliche Gesetzesänderung wäre unmöglich, wenn der Hof nur aufgrund eines Vergleichs mit zuvor bestehenden Regelungen zu der Schlußfolgerung gelangen müßte, daß gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würde.

B.10.4. Der zweite Klagegrund ist in seinem ersten Teil unbegründet.

Dritter und vierter Klagegrund, in bezug auf Artikel 15septies in Verbindung mit Artikel 15octies

B.11.1. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15*septies* in Verbindung mit Artikel 15*octies* des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingeführten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmung dem Eigentümer nur eine Entschädigung für den Vermögensverlust zum Zeitpunkt der Übertragung gewährt wird, insofern hierzu die erforderlichen Haushaltsmittel verfügbar sind und unter der Bedingung, daß die betreffende Parzelle 1996 bei der « Mestbank » angegeben wurde, während es für diese Einschränkung keinerlei vernünftige Rechtfertigung gebe, da jeglicher Verlust infolge der eigentumseinschränkenden Maßnahme des Düngemitteldekrets einen Schaden verursache.

B.11.2. Der Hof stellt fest, daß die klagenden Parteien in ihrem dritten Klagegrund zu Unrecht davon ausgehen, daß die Entschädigung für den Vermögensverlust nach der Regelung von Artikel 15*octies* von der Verfügbarkeit der erforderlichen Haushaltsmittel abhängig gemacht werde, so wie es in Artikel 15*septies* Absatz 2 vorgesehen sei. Die letztgenannte Bestimmung gilt nur für die Entschädigung für Einkommensverluste und nicht für die Entschädigung für Vermögensverluste.

B.11.3. Der Hof stellt ebenfalls fest, daß die klagenden Parteien in ihrem vierten Klagegrund zu Unrecht davon ausgehen, daß « der Eigentümer die Entschädigung für Vermögensverlust infolge der Herausnahme der Ländereien aus der Bewirtschaftung wegen des absoluten Düngeverbotes nur erhalten kann, wenn die betreffenden Parzellen 1996 bei der Mestbank angegeben wurden ».

Artikel 15*septies* letzter Absatz schreibt die Bedingung der Angabe bei der « Mestbank » nur für den Erhalt einer Entschädigung für Einkommensverlust und nicht für die Entschädigung für Vermögensverlust vor.

B.11.4. Da die klagenden Parteien in diesen Klagegründen nur die Regelung der Entschädigung für Vermögensverlust anfechten und dabei die obenerwähnten Hinweise auf die Regelung der Einkommensverluste gemäß Artikel 15*septies* nicht sachdienlich sind, weist der Hof den vierten Klagegrund ab und begrenzt er seine Prüfung des dritten Klagegrunds auf Artikel 15*octies*, der die Regelung bezüglich der Entschädigung für Vermögensverlust festlegt.

B.12.1. Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets bezweckt « die Wiedergutmachung des Schadens, der durch die gebietsbezogenen Verschärfungen verursacht wird » (*Parl. Dok.*, Flämischer Rat, 1998-1999, Nr. 1317/1, S. 9).

B.12.2. Das Unterscheidungskriterium, das als Grundlage für den Behandlungsunterschied zwischen Eigentümern, die eine Entschädigung für ihren Vermögensverlust erhalten können, und den Eigentümern, die dies nicht können, dient, ist der Zeitpunkt der Übertragung des betreffenden Gutes. Dieses Kriterium ist objektiv. Wenn ein Eigentümer, der durch die Bestimmungen von Artikel 15, Artikel 15^{bis} § 3 und Artikel 15^{ter} des Düngemitteldekrets oder durch die auf der Grundlage dieser Bestimmungen ergriffenen Maßnahmen eine Wertminderung erleidet, sein Gut nicht übertragen möchte, hat er keinen Anspruch auf eine Entschädigung für den Vermögensverlust.

B.12.3. Das Unterscheidungskriterium ist ebenfalls sachdienlich in bezug auf die Zielsetzung des Dekretgebers, da die Entschädigung für Wertminderung vom « vereinbarten oder angegebenen Wert bei der Übertragung, gegebenenfalls mit dem Betrag, der als Grundlage für die Registrierungsgebühren und Erbschaftsteuern auf diese Übertragung dient, als Minimum » ausgeht.

B.12.4. Die angefochtene Maßnahme ist nicht eindeutig unverhältnismäßig, da der Dekretgeber Entschädigungen sowohl für den Einkommensverlust als auch für den Vermögensschaden vorsieht und die Wertminderung bei einem Vermögensschaden in Wirklichkeit erst zum Zeitpunkt einer Übertragung zu spüren ist. Außerdem können Eigentümer von bebauten Grundstücken oder von Anbauflächen, die in den in Artikel 15^{ter} vorgesehenen Gebieten liegen, gemäß den Artikeln 15^{quinquies} § 3 und 15^{sexies} § 4 die Einleitung des Pflichtankaufverfahrens beantragen.

B.12.5. Der dritte Klagegrund ist in seinem ersten Teil unbegründet.

Fünfter Klagegrund, in bezug auf Artikel 15^{sexies} § 3

B.13.1. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15^{sexies} § 3 in Verbindung mit Artikel 15^{octies} des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 eingefügten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmung nur eine Entschädigung für Einkommensverluste gewährt werde, die infolge von Schritten zur Verbesserung der Umwelt durch den Eigentümer, die weitergingen als die Dekretsbestimmungen, entstünden, während es für diese Einschränkung keinerlei vernünftige Rechtfertigung gebe, da die Ländereien infolge des absoluten Düngeverbotes faktisch unbrauchbar geworden seien, so daß der Eigentümer *de facto* keine weitergehenden Schritte unternehmen könne oder dürfe.

B.13.2. Die klagenden Parteien beschränken den Klagegrund auf einen Vergleich zwischen Eigentümern und gehen davon aus, daß Artikel 15^{sexies} § 3 auf eine Regelung der Entschädigung für Einkommensverluste auf Seiten des Eigentümers, der nicht der Benutzer sei, verweise, was im Widerspruch zum Inhalt dieser Bestimmung steht, die nur Einkommensverluste für Benutzer als Erzeuger bezweckt.

B.13.3. Der Klagegrund ist in seinem ersten Teil nicht annehmbar.

In bezug auf die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention

B.14.1. Die klagenden Parteien führen in einem zweiten Teil der fünf Klagegründe einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls an, da sie mit einer faktischen Enteignung ohne Entschädigung konfrontiert würden.

B.14.2. Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls bestimmt:

« Jede natürliche oder juristische Person hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, daß das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen.

Die vorstehenden Bedingungen beeinträchtigen jedoch in keiner Weise das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung der Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält. »

B.14.3. Die klagenden Parteien weisen nicht nach, und der Hof erkennt nicht, inwiefern die angefochtenen Maßnahmen (das Düngeverbot in den gefährdeten Naturgebieten, die teilweise Befreiung davon für Familienviehzüchtereien und die Übertragung als Bedingung für die Gewährung einer Entschädigung für Vermögensschaden) als ein Eigentumsentzug im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 des ersten Zusatzprotokolls angesehen werden könnten.

Die angefochtenen Maßnahmen sind als eine Regelung der «Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse» im Sinne von Absatz 2 desselben Artikels anzusehen; unter Berücksichtigung der dargelegten Elemente bezüglich des ersten Teils der Klagegründe beeinträchtigt diese Regelung nicht in unverhältnismäßiger Weise die Rechte der betroffenen Eigentümer.

B.14.4. Die fünf Klagegründe sind in ihrem zweiten Teil unbegründet.

Rechtssache Nr. 1977

Erster Klagegrund, in bezug auf die Abänderung von Artikel 15ter §§ 1 und 7 und den Zusatz zu Artikel 15ter § 1

B.15. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15ter §§ 1 und 7 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 eingeführten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmung ein Unterschied zwischen einerseits den in Waldgebieten, Naturgebieten, Naturentwicklungsgebieten oder Naturschutzgebieten gelegenen Anbauflächen, auf denen die Regel des absoluten Düngeverbotes gelte, und andererseits Gebieten, in denen sehr lasche Düngennormen gelten würden, eingeführt werde, während es für diese Aufteilung keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung gebe und die angewandten Mittel nicht im Verhältnis zur Zielsetzung stünden.

B.16.1. Die klagenden Parteien führen lediglich Argumente an, die sich auf die Abänderungen von Artikel 15^{ter} §§ 1 und 7 des Düngemitteldekrets durch Artikel 20 des Dekrets vom 11. Mai 1999 beziehen, und sie führen keinerlei spezifische Argumente an, die sich auf die Abänderungen dieser Bestimmungen durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 beziehen.

B.16.2. Der erste Klagegrund ist nicht annehmbar.

Zweiter Klagegrund, in bezug auf Artikel 15^{ter} § 2

B.17. Die klagenden Parteien führen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung durch Artikel 15^{ter} § 2 des Düngemitteldekrets in der durch Artikel 9 des Dekrets vom 3. März 2000 eingefügten Fassung an, insofern aufgrund dieser Bestimmung ein Unterschied zwischen Familienviehzüchtereien und Ackerbaubetrieben eingeführt werde, so daß nunmehr nur die Familienviehzüchtereien eine zeitlich unbegrenzte Befreiung vom Düngeverbot erhalten könnten, während Ackerbaubetriebe lediglich eine Befreiung bis zum 1. Januar 2002 erhalten könnten. Für diese Aufteilung gebe es keinerlei objektive und vernünftige Rechtfertigung, und die angewandten Mittel stünden nicht im Verhältnis zur Zielsetzung.

B.18.1. Der Hof stellt fest, daß die Abänderungen von Artikel 15^{ter} § 2 durch das angefochtene Dekret vom 3. März 2000 sich beschränken auf:

- (Punkt 3) das Hinzufügen der Befreiung vom Düngeverbot bis zum 1. Januar 2002 für Betriebe, die den Status als Familienviehzüchterei nicht erhalten hatten und eine Düngemittelproduktion von weniger als 300 kg P₂O₅ im Produktionsjahr 1997 hatten;
- (Punkt 4) die Verlängerung der Befreiung vom Düngeverbot für Ackerbaubetriebe, aber unter Ausschluß von « intensiv genutztem Grünland », um zwei Jahre bis zum 1. Januar 2002;

- (Punkt 5) die Verlängerung um ein Jahr, nämlich bis zum 1. Juni 2000, für die Übertragung von Parzellen mit Befreiung vom Düngeverbot auf den Ehegatten des Benutzers und gewisse Nachkommen.

B.18.2. In bezug auf diese Bestimmungen führen die klagenden Parteien nur an, daß sie die Bestätigung des obenerwähnten Behandlungsunterschieds beinhalteten.

Die klagenden Parteien führen keine anderen Argumente an als diejenigen, die sie im zweiten Klagegrund der Rechtssache Nr. 1888 dargelegt hatten.

B.18.3. Aus den in der Beurteilung des zweiten Klagegrunds der Rechtssache Nr. 1977 angeführten Erwägungen ist der Klagegrund unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

weist die Klagen zurück.

Verkündet in niederländischer, französischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 30. Mai 2001.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

P.-Y. Dutilleux

H. Boel